

DEUTSCH-RUSSISCHE BEZIEHUNGEN 1890-1914/18

Von Winfried Baumgart

Im September 1918 hat General Groener, als deutsche Truppen noch tief im Raum des revolutionierten Rußland standen, vor einem ausgesuchten Kreise von Offizieren folgendes über das deutsch-russische Verhältnis der voraufgegangenen Jahrzehnte gesagt:¹

"Wenn man rückschauend unsere Politik und die russische Politik betrachtet seit den 90er Jahren, so kann man bloß sagen, daß beide Völker den größten Blödsinn gemacht haben, den man sich überhaupt denken kann. Der alte, gute Gedanke des seligen Bismarks ist begraben worden von uns, und die Russen haben sich infolge unserer Politik unseren Gegnern zugewandt, erst den Franzosen und dann den Engländern. Deutschland und Rußland mußten zusammengehen in der Vergangenheit. [...] Rußland hat den japanischen Krieg viel zu früh begonnen. Ehe es damit anfang, mußte es erst das Verhältnis mit Deutschland in Ordnung bringen, und dann mußten beide Länder zusammengehen. Die wirtschaftliche Expansion mußte kommen nach dem Stillen Ozean und nach dem Indischen Ozean. Daß man auf diesem Wege mit England zusammenstoßen würde, ist ganz klar, aber mit England sind wir sowieso zusammengestoßen."

Sieht man von dem Wunschdenken ab, das in den bedauernden Worten über das vermeintliche Auseinanderleben des deutschen und des russischen Volkes steckt, so liegt darin die Vorform der in den späteren Jahren von Publizistik und Forschung massiv vorgetragenen Kritik an der deutschen Rußlandpolitik der wilhelminischen Zeit. Im besonderen dachte man damals an den eben erst (1919) im Wortlaut bekanntgewordenen Rückversicherungsvertrag Bismarcks aus dem Jahr 1887². Seine Nichterneuerung nach dem

¹ Von Brest-Litowsk zur deutschen Novemberrevolution. Aus den Tagebüchern, Briefen und Aufzeichnungen von Alfons Payuet, Wilhelm Groener und Albert Hopmang. März bis November 1918. Hrsg. von Winfried Baumgart. Göttingen (1971), S. 430-431 = Dt. Geschichtsquellen des 19. und 20. Jhs. 47

² Überblick über den Forschungsstand: Zur Geschichte und Problematik des Rückversicherungsvertrages von 1887. Hrsg. v. Hans Hallmann. Darmstadt 1968 = Wege der Forschung 13. - Vgl. auch für den Zusammenhang dieses Vortrags Andreas Hillgruber, Die deutsch-russischen politischen Beziehungen (1887-1917). Grundlagen, Grundmuster, Grundprobleme. In: Deutschland und Rußland im Zeitalter des Kapitalismus 1861-1914. 1. deutsch-sowjetisches Historikertreffen in der Bundesrepublik Deutschland, Mainz, 14.-21. Oktober 1973. Hrsg. v. Karl

Abgang Bismarcks schien einer erstaunten Öffentlichkeit, die nach den Ursachen des deutschen Zusammenbruchs Ausschau hielt, für den man in erster Linie die vermeintliche Einkreisungspolitik der Gegner verantwortlich machte, als die größte Torheit der Politik auch im eigenen Hause. Der Vertrag wurde als Krönung und Schlußstein des komplizierten, aber friedenssichernden Bündnissystems der Bismarckschen Staatskunst angesehen. Er lieferte den Anklägern der deutschen Vorkriegspolitik den Beweis für die Unfähigkeit der Architekten der deutschen Außenpolitik, allen voran der sogenannten "Grauen Eminenz", des Barons Holstein. In Holstein glaubte man den Sündenbock entdeckt zu haben, der auf den "Neuen Kurs" der deutschen Politik einen unheimlichen und verhängnisvollen Einfluß ausgeübt habe.

Die Forschung heute verfällt mit dem Abstand von mehreren Jahrzehnten und vor allem wegen der Erschließung neuer Quellen nicht mehr dem Fehler der Glorifizierung des Reichsgründers oder der Verdammung seiner Nachfolger. Der Blick ist nüchterner geworden und hat sich geschärft. Wir wissen, daß Bismarck selbst weit davon entfernt war, den Rückversicherungsvertrag als unverrückbaren Eckpfeiler seines ganz Europa umspannenden Bündnissystems aufzufassen. Die Ahnung von der Zerbrechlichkeit nicht nur seines innenpolitischen Werkes, der territorialen und besonders sozialen Einheit Deutschlands, sondern auch seines außenpolitischen Systems hatte ihn in seinen letzten Regierungsjahren immer mehr beängstigt. Seine größte außenpolitische Sorge nach dem deutsch-französischen Krieg und nach dem Berliner Kongreß war, daß sich die beiden Verlierer, Frankreich und Rußland, zusammenfinden könnten. Diese Sorge steigerte sich zu einem Alpdruck, dem vielzitierten "cauchemar des coalitions". Der Rückversicherungsvertrag, der ein russisch-französisches Zusammengehen behindern und Rußland das Gefühl der Isolierung in seiner Balkan- und Orientpolitik nehmen sollte, beseitigte in seinen Augen keineswegs die Gefahr einer russisch-französischen Entente, sondern milderte sie höchstens oder schob ihre Verwirklichung wenigstens für einige Zeit hinaus. Bismarck schätzte den Einfluß der Panslawisten auf die amtliche russische Politik im wesentlichen richtig ein und sah deshalb im Rückversicherungsvertrag keine *G a r a n t i e*, sondern höchstens die *M ö g l i c h k e i t* für ein Beiseitestehen Rußlands im Falle einer deutsch-französischen Auseinandersetzung. So stellte er in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums im Mai 1888 fest, daß "bei einem Konflikt mit Frankreich es keineswegs gewiß sei, daß auch Rußland sich beteiligen werde".³ Anders ausgedrückt: die Eventualität des Kriegsbeitritts Rußlands wies er nicht von der Hand. Der Rückversicherungsvertrag war in

Otmar Freiherr von Aretin und Werner Conze. Bearb. v. Claus Scharf. Wiesbaden 1977, S. 207-220 (hier S. 213-214) = Veröffentlichungen des Instituts für Europ. Gesch. Mainz. Abt. Universalgesch. Beiheft 3

³ Bismarck-Erinnerungen des Staatsministers Freiherrn Lucius von Ballhausen. Stuttgart/Berlin 1920, S. 452

seinen Augen alles andere als ein Zaubermittel oder eine Patentlösung. Seine Skepsis wurde von seinem Sohn Herbert, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, geteilt, der den Vertrag mit Rußland für "ziemlich anodyn", d. h. belanglos hielt.⁴ "Es ist immer eine Art Druck auf den Zaren und hält uns im Ernstfall die Russen wohl doch 6-8 Wochen länger vom Halse, als ohne dem. Das ist doch etwas wert."

In diesem Urteil über den Wert des Rückversicherungsvertrags unterschieden sich die Bismarcks von demjenigen Holsteins nur graduell, nicht prinzipiell, wie in der Zwischenkriegszeit irrtümlich angenommen wurde.

Die Person Holsteins, der seit 1886 zunächst im geheimen, nach 1890 dann offen den Kurs vertraglicher Bindungen mit Rußland bekämpfte, steht heute in hellerem Lichte, als das vor 70 Jahren noch der Fall war.⁵ Holstein war nach dem Ersten Weltkrieg diejenige politische Persönlichkeit der Vorkriegszeit, die neben Wilhelm II. am stärksten das Interesse, ja wohl auch das Sensationsbedürfnis der Öffentlichkeit erweckte. Man hat ihn zu einem Psychopathen gestempelt, zum kulissenschiebenden, menschenscheuen Sonderling, hat ihn den "Totengräber Deutschlands" genannt, der nicht nur Rußland durch die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages vor den Kopf gestoßen, sondern auch durch sein "Großes Nein" an der Jahrhundertwende das Bündnisangebot Englands verworfen habe. Mit der Bezeichnung "Graue Eminenz", einem Vergleich aus der französischen Geschichte, hat man seinen Einfluß in der Wilhelmstraße maßlos übertrieben. Gleichwohl bleibt er eine Schlüsselfigur in der Außenpolitik des wilhelminischen Deutschland, ganz besonders in der Rußlandpolitik. Herbert Bismarck, der stets größten Wert auf eine russische Allianz legte, nannte er einen "Hampelmann an der russischen Strippe", weil er dauernd mit dem russischen Botschafter Šuvalov, den Holstein als seinen Feind bezeichnete, verkehrte. Den Rückversicherungsvertrag, dessen streng geheimen Text er dem deutschen Botschafter in London auf einer Postkarte mitteilte, hielt er für unvereinbar mit den übrigen Verträgen Deutschlands und auch für unmoralisch, für "politische Bigamie", da er den Russen die türkischen Meerengen versprach, den "Schlüssel zu Rußlands Haus", der soeben erst in der Mittelmeerentente England, Österreich und Italien zur Verwahrung anvertraut worden war.⁶

⁴ Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck. Aus seiner politischen Privatkorrespondenz. Hrsg. u. eingel. v. Walter Bußmann... Göttingen 1964, S. 457f. = Dt. Geschichtsquellen des. 19. u. 20. Jhs. 44

⁵ Wichtigste Studie über ihn: Norman Rich, Friedrich von Holstein. Politics and Diplomacy in the Era of Bismarck an William II. Vol. 1-2. Cambridge 1965

⁶ Die geheimen Papiere Friedrich von Holsteins. Hrsg. v. Norman Rich u. M. H. Fisher. Dt. Ausg. v. Werner Frauendienst. Bd. 1. Erinnerungen und politische Denkwürdigkeiten. Göttingen [u.a.] (1956), S. 126-131

In Wirklichkeit hat Holstein, einmal abgesehen von den persönlichen Motiven, die er der Politik des alternden Bismarck unterschob, den Sinn des außerordentlich komplizierten und formal unverkennbar widersprüchlichen Bündnisystems nicht verstanden. Dieser Sinn bestand nicht eigentlich darin, Verhaltensmaßregeln aufzustellen für den Ausbruch von internationalen Konflikten, sondern ihr Eintreten wenn nicht von vornherein unmöglich zu machen, so doch hintanzuhalten. Die Kompliziertheit des Bismarckschen Bündnisystems und die Schwierigkeit seiner Handhabung kommt nicht nur in dem bekannten Wort Caprivi zum Ausdruck, er könne nicht wie Bismarck das "Spiel mit fünf Kugeln" weitertreiben, sondern auch in einem weniger bekannten bildhaften Vergleich Holsteins selbst:⁷ Ihm schien Bismarcks Politik "mit ihren durcheinander laufenden Engagements" ähnlich dem "Schienengewirr auf einem großen Bahnhof. Der große Weichensteller glaubt alles richtig schieben zu können und hofft namentlich auch, um so unersetzlicher zu sein, je bunter die Dinge liegen."

Mit dem Hinweis auf Caprivi ist angedeutet, daß Holstein nicht der einzige war, der von der Verlängerung des Vertrages mit Rußland abgeraten hat. Vielmehr haben alle maßgebenden Berater Wilhelms II. in diesem Sinne votiert. Und erst sieben Jahre später, als die Gefahr der bündnispolitischen Isolierung Deutschlands in Europa und der Welt größer geworden war, konnte ein Hohenlohe diesen Akt als die "größte Sottise, die unsere Politik seit sieben Jahren gemacht hat", bezeichnen.⁸ Wie ein Echo pflanzt sich dieses Urteil in den nächsten Jahrzehnten fort. Eines haben wir aus dem Jahre 1918 schon zitiert; in der Weimarer Zeit erscholl es dann besonders vernehmlich.

Doch war der Fehler 1897, als Reichskanzler Hohenlohe seinen Ausspruch tat, noch längst nicht irreparabel geworden, auch wenn Frankreich und Rußland sich inzwischen, 1894, zusammengefunden hatten und die Nachwelt diese russisch-französische Verbindung als den Beginn der systematisch gegen Deutschland betriebenen Einkreisungspolitik auffassen mochte. Gewiß rückten die später sich todfeind gegenüberstehenden Mächtegruppen hier schon näher zusammen. Doch die Spitze des russisch-französischen Bündnisses richtete sich, besonders nach russischem Verständnis, vorerst noch jahrelang gegen England -im Mittelmeer, im Nahen und im Fernen Osten. So wurde es auch im deutschen Auswärtigen Amt aufgefaßt. Holstein und andere hielten den russisch-englischen Weltgegensatz, wie er zum erstenmal im Krimkrieg aufgebrochen war, für unüberbrückbar. Er erklärt ganz wesentlich ihr Verhalten in den deutsch-russischen wie in den

⁷ Dass. Bd. 2. Tagebuchblätter. Göttingen [u.a.] (1957), S. 375

⁸ Hohenlohe im Gespräch mit Bülow: Bernhard Fürst von Bülow, Denkwürdigkeiten. Hrsg. v. Franz v. Stockhammern. Bd. 1. Vom Staatssekretariat bis zur Marokko-Krise. Berlin (1930), S. 9

deutsch-englischen Beziehungen, dem Grundproblem der deutschen Außenpolitik nach 1890.

Die Auffassung vom unheilbaren russisch-englischen Gegensatz war indes der zweite Fehler der deutschen Politik, der den ersten in seiner Wirkung potenzierte. Verständigungsversuche gingen je nach der - im sogenannten Zeitalter des Imperialismus stets abwechslungsreichen und flüssigen - Konstellation der Mächte immer wieder von Berlin oder von London bzw. Petersburg aus. Wir können sie hier in Einzelheiten nicht verfolgen. Die deutsche Außenpolitik zwischen 1890 und 1914 ist gekennzeichnet durch Unstetigkeit und Unrast. Phasen deutsch-russischer Annäherung wechselten ständig ab mit solchen eines deutsch-englischen Rapprochements. Diese Unrast ist zu einem großen Teil nur der Reflex der dem Rückblickenden chaotisch erscheinenden Weise, in der nach Bismarck politische Entscheidungen getroffen wurden. Mit der Vorstellung vom Schiff, das nach dem Abgang des Lotsen von der Kommandobrücke steuerlos geworden war, gewinnt man dem Vorgang der Willensbildung in außenpolitischen Fragen des wilhelminischen Deutschland am besten Verständnis ab.⁹ Die militärische Führung, allen voran das Reichsmarineamt unter Tirpitz, stellte den Primat der politischen Führung zunehmend erfolgreich in Frage. Wilhelm II. war unfähig, die Kompetenzen und Einflüsse von Kanzler, Staatssekretär des Auswärtigen, Holstein und den Militärs zu koordinieren und zu einheitlicher Willensbildung zusammenzufassen.

Obwohl Deutschland und England vielfach die gleiche Frontstellung gegen Rußland und Frankreich hatten, blieben die wiederholt aufgenommenen Bündnisgespräche fruchtlos, weil beide Partner so lange wie möglich ihre außenpolitische Bewegungsfreiheit erhalten wollten, der eine den anderen vorschoben wollte, stets der Meinung, in der Wahl des Partners immer noch freie Wahl zu haben. Holstein, der von der Unvermeidbarkeit des deutsch-russischen Gegensatzes überzeugt war, strebte eine Verbindung Englands mit dem Dreibund an. Wegen der weltpolitischen Auseinandersetzung Englands mit Rußland glaubte er jedoch, daß die Zeit für Deutschland arbeite und England sich um ein deutsches Bündnis intensiver bemühen müsse als umgekehrt. Während die deutsche Haltung derart in Doktrinarismus erstarrte, während Deutschland an England immer die hohe Forderung stellte, sich prinzipiell dem Dreibund anzuschließen, und nur die Alternative des Alles oder Nichts sah, ging die englische Seite pragmatisch vor, indem sie Spezialabmachungen über ganz bestimmte Konflikte und Konfliktmöglichkeiten vorschlug - Abmachungen,

⁹ Vgl. John C. G. Röhl, *Germany without Bismarck. The Crisis of Government in the Second Reich, 1890-1900*. Berkeley/Los Angeles 1967. (Dt. Übers.: *Deutschland ohne Bismarck. Regierungskrise im Zweiten Kaiserreich 1890-1900*. Tübingen [1969])

die später als Vorstufe für umfassendere Absprachen gelten konnten.¹⁰

Einem Zickzackkurs folgten auch die deutsch-russischen Beziehungen. Die Mißverständnisse waren hier anders gelagert. Eine Konstante in der deutschen Außenpolitik war das spannungsgeladene deutsch-französische Verhältnis, das Rußland seit 1894 in seinen Aktionen gegenüber Deutschland berücksichtigen mußte und das wegen Elsaß-Lothringen in jedermanns Augen vergiftet bleiben würde. Davon abgesehen, gab es zahlreiche Möglichkeiten, den abgerissenen Draht nach Petersburg wiederanzuknüpfen. Besonders der Kaiser, daneben auch Tirpitz, hing dem Gedanken einer Kontinentalliga mit Rußland, unter Einschluß Frankreichs, an, je mehr sich das deutsch-englische Verhältnis wegen der sich steigernden Flottenrivalität verschlechterte. In den ersten Jahren der Regierung Hohenlohe (1894-1900) und Zar Nikolaus' II. (1894-1917), bezeichnenderweise also unmittelbar nach dem Zusammenrücken Rußlands und Frankreichs, ist eine Phase deutsch-russischer Annäherung zu bemerken. Ihr sichtbarster Ausdruck ist die gemeinsam gegen England gerichtete Ostasienpolitik, die zur Besetzung Kiautschous durch Deutschland und Port Arthurs durch Rußland führte.

Wie sehr die deutsche Politik bestrebt war, den englisch-russischen Weltgegensatz für ihre Zwecke auszunutzen, zeigt noch deutlicher als China ein Europa näherliegendes Betätigungsfeld der Mächte, die Türkei. Das weitergehende Engagement Deutschlands in Form des Baus der Bagdad-Bahn mußte allerdings auch eine nachhaltigere Rückwirkung auf das deutsch-russische Verhältnis haben. Es war ein Axiom der russischen Politik des 19. Jahrhunderts, aus der Erbmasse des scheinbar unaufhaltsam zusammenbrechenden Osmanischen Reiches sich das größte Stück, die Gebiete um das Schwarze Meer und den Balkan mit der glaubensverwandten Bevölkerung, herauszuschneiden und sich den "Schlüssel zu seinem Haus", die türkischen Meerengen, anzueignen. Rußland traf in diesem Bestreben auf die erklärte Feindschaft Englands. Ein Festsetzen Deutschlands im Orient, und sei es auch nur in kommerzieller Form, mußte die russischen Kreise stören.

Die Erteilung der Konzession für den Bahnbau durch den Sultan erfolgte zu einem Zeitpunkt, da man auf deutscher Seite rechnen konnte, "die asiatische Rivalität Englands und Rußlands so für uns auszunutzen, daß wir bald mit einer Verbeugung vor dem britischen Löwen, bald mit einem Knicks vor dem russischen Bären unsere Bahn bis Kuwait am Persischen Golf hindurchschlängeln".¹¹ Tatsächlich kam der Hauptwiderstand gegen die Durchfüh-

¹⁰ Vgl. Klaus Wormer, Großbritannien, Rußland und Deutschland. Studien zur britischen Weltreichspolitik am Vorabend des Ersten Weltkriegs. München 1980 = Veröffentlichungen des Hist. Inst. d. Univ. Mannheim 6

¹¹ Der Vortragende Rat im Auswärtigen Amt, von Mühlberg, in einem Brief vom 31. Januar 1900, in: Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871-1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. v. Jo-

zung des deutschen Bahnprojekts von russischer Seite, so daß sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern wieder trübten. Doch war Bülow imstande, durch die Zusicherung, Deutschland verfolge in der Türkei nur kommerzielle, keine politischen Interessen, ja es könne ruhig zusehen, wenn Rußland sich einmal in den Besitz von Konstantinopel setzen werde, beruhigen. Der Bahnbau wurde dann auch nicht allein mit deutschem, sondern auch mit französischem und später englischem Kapital durchgeführt. Der Bau der Bagdadbahn war tatsächlich bis zum Weltkrieg nie ein unüberwindliches Hindernis sowohl für die deutsch-russischen als auch die deutsch-englischen Beziehungen.¹²

Wie sehr Rußland sich in seinem asiatischen Gegensatz zu England auf Rückendeckung in Europa angewiesen fühlte, zeigt das Bündnisangebot, das der russische Außenminister Lamsdorff im Februar 1902 in Berlin machte.¹³ Soeben war das englisch-japanische Bündnis abgeschlossen worden, das seine Spitze gegen Rußland richtete. Lamsdorff schlug eine gemeinsame Stellungnahme zu dem Bündnis vor und fragte an, ob diese nicht zu einem festeren Abkommen ausgestaltet werden könnte. Ja, in dieses Abkommen sollte sogar eine Sicherung gegen einen französischen Angriff aufgenommen werden. Die Gegenleistung, die Deutschland geben sollte, war nicht klar formuliert. Bülow ließ sich merkwürdigerweise auf eine Erörterung des Angebots erst gar nicht ein und lehnte es ab. Er und Holstein mochten befürchten, daß Rußland den deutschen Partner nur dazu benutzen wollte, um ihm in Ostasien, in Korea und der Mandschurei, die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Sie glaubten, in dem russischen Angebot nur wieder den Beweis für die Richtigkeit ihrer Ansicht zu sehen, daß Deutschland noch lange in der Wahl zwischen den Rivalen England und Rußland frei sein werde.

Der "kalte Wasserstrahl", als den Lamsdorff die deutsche Ablehnung empfand, hatte indes die nicht schwer voraussehbare Wirkung, daß sich der Zweibund festigte, denn Frankreich war zu der Erklärung zum englisch-japanischen Bündnis sofort bereit. Der Optimismus, mit dem Bülow und Holstein die internationale Lage beurteilten, erscheint um so leichtfertiger, als sie schon 1902 von französisch-englischen Bündnisondierungen erfuhren, die zwei Jahre später zu einer Entente führten. Das Wort Bülows von 1903:¹⁴ "Wir können meo voto die Dinge gar nicht pomadig genug nehmen" sticht

hannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme. Bd. 17. Berlin 1924, S. 375

¹² Zur Bagdadbahn vgl. zuletzt Gregor Schöllgen, *Imperialismus und Gleichgewicht. Deutschland, England und die orientalische Frage 1871-1914*. München 1984

¹³ Dazu vgl. Barbara Vogel, *Deutsche Rußlandpolitik. Das Scheitern der deutschen Weltpolitik unter Bülow 1900-1906*. (Düsseldorf 1973), S. 104-123 = *Studien zur modernen Gesch.*
11

¹⁴ Die Große Politik (vgl. Anm. 11), Bd. 17, S. 573 Anm.

deutlich von der Sorge ab, die Bismarck über die außenpolitische Lage des Reiches je länger, je tiefer empfand. Die These, daß die Zeit für Deutschland arbeite, man müsse sich nur immer Freiheit des Handelns bewahren, war ein verhängnisvoller Irrtum.

Zu Beginn des russisch-japanischen Krieges 1905 war es Deutschland, das einen Anlauf zu einem Bündnis mit dem Zarenreich unternahm¹⁵, in der Meinung, daß Rußland in seiner bedrängten Lage darauf angewiesen sei. Die deutsche Regierung schlug den Abschluß eines deutsch-russischen Defensivbündnisses vor gegen den "Angriff einer europäischen Macht", als die nur England in Frage kommen konnte. Frankreich sollte nach dem Abschluß zum Beitritt aufgefordert werden. "Das hauptsächliche Ergebnis wird sein", so übermittelte Wilhelm II. dem Zaren seine Überlegungen¹⁶, "wenn Du und ich Schulter an Schulter beieinander stehen, daß Frankreich förmlich und öffentlich sich mit uns verbindet und damit seine Vertragspflicht gegen Rußland erfüllt." Das Projekt scheiterte indes an der Forderung Rußlands - das gleichwohl mit dem Inhalt des Bündnisses einverstanden war -, Frankreich schon vor Vertragsschluß einzuweihen.

Einige Monate später schien die deutsche Politik, genauer gesagt Wilhelm II., doch wieder dem Ziel einer Kontinentalliga nahegekommen zu sein. Unmittelbar nach den vernichtenden russischen Niederlagen in Ostasien trafen der Zar und Kaiser Wilhelm auf Björkö in den finnischen Schären zusammen. Der Kaiser überrumpelte Nikolaus - beide waren ohne ihre außenpolitischen Ratgeber - mit dem Text eines deutsch-russischen Defensivbündnisses, das im Falle des Angriffs einer "europäischen" Macht auf einen der beiden Partner den anderen zur Hilfeleistung "in Europa mit allen Land- und Seestreitkräften" verpflichtete.¹⁷ Frankreich sollte nach Abschluß wiederum von Rußland zum Beitritt aufgefordert werden. Der Zar stimmte zu und unterschrieb das Bündnis. Nach eigenem Zeugnis hielt Wilhelm II. Björkö für einen "Wendepunkt in der Geschichte Europas". Er war überzeugt, niemals in eigener Person seinem Vaterlande so gedient zu haben wie jetzt, wo es "endlich aus der scheußlichen Greifzange Gallien-Rußland befreit werden" würde.¹⁸

Das Scheitern dieses deutsch-russischen Verständigungsversuches, des berühmtesten in der Vorkriegszeit nach dem Rückversicherungsvertrag, ist nicht so sehr wegen der Tatsache des negativen Ergebnisses interessant - Björkö reiht sich in eine ganze Kette solcher Versuche ein -, sondern wegen

¹⁵ Vgl. J. Steinberg, Germany and the Russo-Japanese War. In: The American Historical Review 75 (1970), S. 1965-1986

¹⁶ Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894-1914. Hrsg. u. eingel. v. Walter Goetz. Berlin [1920], S. 347 (auf den 30. Oktober 1904 datiert).

¹⁷ Die Große Politik (vgl. oben Anm. 11), Bd. 19,2. Berlin 1925, S. 457

¹⁸ Ebenda S. 463 (Kaiser Wilhelm II. an Reichskanzler Bülow, 25. Juli 1905).

der verfassungsrechtlichen Beobachtungen, die man daran ablesen kann. Daß Nikolaus die Unvereinbarkeit des Vertragstextes mit dem französischen Bündnis - der eigentliche Grund des Scheiterns, wie seine Minister Lamsdorff und Witte bald erkannten - nicht sogleich wahrnahm, mag am Gefühl der Überrumpelung und überhaupt seiner mangelnden Vertrautheit mit den außenpolitischen Bündnisverpflichtungen seines Reiches gelegen haben. Doch auch auf deutscher Seite erwies sich Wilhelms Unterschrift schnell als toter Buchstabe. Bülow ließ aus Björkö eine Kanzlerkrise, "eine Kraftprobe auf seine Unentbehrlichkeit"¹⁹ werden. Er hielt den Vertrag durch den Zusatz des Kaisers "en Europe", wodurch der "russische Druck auf Indien", die verwundbarste Stelle des englischen Reiches, aus der Waagschale genommen war, für wertlos. Das eigentliche Motiv dürfte Bülows verletzte Eigenliebe gewesen sein, die es nicht verwinden konnte, daß der Kaiser in einer hochpolitischen Angelegenheit gehandelt hatte, ohne den Rat seines verantwortlichen Ratgebers eingeholt zu haben. Trotz der Niederlage, die der Kaiser im Scheitern seines eigenmächtig abgeschlossenen Bündnisses einstecken mußte, wird der rückschauende Beobachter feststellen müssen, daß Wilhelm II. die Gefahr der sich für Deutschland verschlechternden Weltlage, d. h. der bündnispolitischen Isolierung, deutlicher witterte als sein Kanzler. Schon die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags 1890 hatte er unter dem fast einhelligen Druck seiner Ratgeber nolens volens hingenommen.²⁰

In der russischen Außenpolitik trat nach dem Friedensschluß mit Japan ein Kurswechsel ein: Lamsdorff, der nicht nur eine aktive Ostasienpolitik, sondern auch eine Annäherung an Deutschland propagiert hatte, wurde durch Izvol'skij ersetzt, der auf das französisch-russische Bündnis eingeschworen war und nach dem Mißerfolg in Ostasien eine aktive Balkanpolitik aufnahm. Bevor es jedoch 1908 durch die österreichische Annexion Bosniens und der Herzegowina zu einer neuen das deutsch-russische Verhältnis belastenden Balkankrise kam, war es der englischen Politik gelungen, nach dem Vorbild der französisch-russischen Entente auch eine Entente mit Rußland herbeizuführen, die den Grundirrtum der deutschen Politik nun vollends bestätigte.

Die Tragweite der russisch-englischen Entente von 1907²¹ darf nicht über-

¹⁹ Werner Frauendienst, Das Deutsche Reich von 1890 bis 1914. Konstanz [o.J.], S. 198 = Handbuch d. Dt. Gesch. ... Neu hrsg. v. Leo Just. Bd. 4,1

²⁰ Vgl. Winfried Baumgart, Deutschland im Zeitalter des Imperialismus 1890-1914. Grundkräfte, Thesen und Strukturen. Stuttgart [u.a.], S. 92-93 = Urban-Taschenbücher 344

²¹ Angesichts der überaus gründlichen Erforschung der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs ist es merkwürdig, daß es über die Entente von 1907 keine umfassende Monographie gibt. Vgl. A[natolij] V[enediktovič] Ignat'ev, Russko-anglijskie otnošenija nakanune pervoj mirovoj vojny (1908-1914 gg.) Moskva 1962. - D. W. Sweet and R. T. B. Langhorne, Great Britain and Russia, 1907-1914. In: British Foreign Policy under Sir Edward Grey. Ed. by F. H. Hinsley. Cambridge [u.a.] (1977), S. 236-255, 587-592. - Dagegen sind die deutsch-russischen Beziehungen von russischer Seite gut erforscht: I. I. Astaf'ev, Russko-germanskie diplomatičeskie

schätzt werden. Sie erwies mehrmals bis 1914 ihre Zerbrechlichkeit, besonders in dem Gebiet, in dem sie die Reibungen vornehmlich beseitigen sollte, in Persien. Anders als im deutschen Bündnisdenken der wilhelminischen Außenpolitik war sie dem Gedanken einer prinzipiellen Verpflichtung zu gemeinsamer internationaler Politik abhold, sie beschränkte sich vielmehr - gemäß dem der englischen Politik eigenen Pragmatismus - auf die Regelung der konkreten Streitfragen Tibet, Afghanistan und Persien. Die nach dem Weltkrieg aufgestellte These von der bewußten, planmäßigen "Einkreisung" Deutschlands, die durch die Entente von 1907 abgeschlossen worden sei, ist heute längst als falsch erkannt - ebenso wie die umgekehrte These von der Alleinschuld Deutschlands am Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Eher träfe auf die Entwicklung des europäischen Bündnisystems vor dem Weltkrieg das Bild der "Auskreisung" Deutschlands aus dem Kreis der Groß- oder Weltmächte zu: England, Frankreich und Rußland teilten unter Ausschluß des Deutschen Reiches die machtleeren Räume der Welt in Interessensphären auf.

Ein gewisses Maß an innerer Logik und einen gewissen, jedoch schwer definierbaren Offensivcharakter entwickelten die Ententen erst ab etwa 1912, nach den beiden Balkankrisen und der zweiten Marokkokrise und nach dem Scheitern des letzten deutsch-englischen Verständigungsversuches, der Haldane-Mission. Die Möglichkeit zur Lösung eng umgrenzter Konflikte blieb aber bis zur Schwelle des Weltkrieges erhalten und wurde immer wieder genutzt. Das zeigen auch die deutsch-russischen Beziehungen der letzten Jahre vor dem Weltkrieg: 1907/08, also unmittelbar nach der englisch-russischen Entente, sagte die deutsche Regierung Rußland insgeheim ihre Unterstützung zur Remilitarisierung der seit dem Krimkrieg entfestigten Ålandinseln zu; zwei Jahre später zeigte Rußland Entgegenkommen in der Bagdadbahn-Frage; seinerseits machte Deutschland 1914 in der Frage der Mission Liman von Sanders Zugeständnisse, als Rußland unmißverständlich sein traditionelles Interesse an den Meerengen betonte.²²

Für die beiden letzten Jahre vor Ausbruch des Krieges, den Jahren eines "fragwürdigen Friedens" ("paix précaire"), ist zu Recht auf die Überlagerung der immer noch flexiblen Bündnisverpflichtungen durch scheinbar zwingende militärtechnische Erwägungen hingewiesen worden: die zahlreichen Generalstabs- und Admiralstabsabsprachen, das beklemmende Wettrüsten und die immer starrer werdenden, immer mehr einem Uhrwerk gleichenden Mobilmachungspläne aller Mächte. Die verantwortlichen Politiker haben

otnošenija 1905-1911 gg. (ot Portmutskogo mira do Potsdamskogo soglašenija) [Moskva] 1972. - Vgl. auch die folgende Anm.

²² Vgl. A. S. Avetjan, Russko-germanskie diplomatičeskie otnošenija nakanune pervoj mirovoj vojny (1910-1914 gg.) Moskva 1985. - Oswald Hauser, Deutschland und die englisch-russischen Beziehungen 1900-1914. Göttingen [u.a.] (1958) = Göttinger Bausteine z. Geschichtswiss. 30

überall die dadurch bedingte Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit gespürt und sich in die neue Lage in nahezu fatalistischer Weise gefügt. Fast unbekannt ist, daß man sich auch auf Seiten der Militärs dieser ungesunden Entwicklung im Verhältnis zwischen politischer und militärischer Führung bewußt wurde und es wieder ins rechte Lot zu bringen bestrebt war. Der Erste Weltkrieg war also in dieser Hinsicht kein unentrinnbares Schicksal. Auf russischer Seite wäre eine Teilmobilmachung theoretisch durchführbar gewesen; man hatte sich nur ungenügend auf sie vorbereitet und fühlte sich dann auf die verhängnisvolle Generalmobilmachung angewiesen. Auf deutscher Seite hat der eingangs erwähnte, damalige Oberstleutnant Groener als Chef der Eisenbahnabteilung des Großen Generalstabs an Plänen gearbeitet, den starren deutschen Mobilmachungsplan flexibler zu gestalten und damit der Politik ein größeres Maß an Entscheidungsfreiheit zurückzugeben. Groener betont, daß der Weltkrieg in einem für das deutsche Heer wenig günstigen Zeitpunkt ausgebrochen sei, da die Mobilmachungspläne in eisenbahntechnischer Hinsicht umgestellt werden sollten und eine wirtschaftliche Mobilmachung überhaupt noch nicht systematisch vorbereitet war.²³ Was den ersten Gesichtspunkt betrifft, so wurden im deutschen Generalstab verschiedene Maßnahmen erwogen, um den Bewegungsapparat des Millionenheeres für überraschende Heeresverschiebungen oder Vorbereitungungen, wie sie für die planmäßige Aufmarschbewegung vorgesehen waren, "gelenkig" zu machen (strategischer Ausbau des Eisenbahnnetzes, Erhöhung der Grundgeschwindigkeit von Militärzügen, Eisenbahnkriegsspiele) und die Starrheit der Schienenwege und -transporte zugunsten der strategischen Entschließung möglichst zu mildern. Groener erblickte in diesen Maßnahmen den Keim für eine weniger starre Bearbeitung des planmäßigen Aufmarsches, was dann der Politik hätte nützlich werden können. Diese Überlegungen ließen sich infolge des Kriegsausbruches jedoch nicht mehr verwirklichen.

Über die deutsch-russischen Beziehungen während des Weltkrieges bis zur Oktoberrevolution 1917 ist nichts Wesentliches auszusagen, da die Sprache der Waffen und die in beiden Kriegslagern immer höher geschraubten maßlosen Kriegszielprogramme die zarten Friedensfühler, die selbstverständlich wie in jedem größeren Krieg der Geschichte auch im Ersten Weltkrieg und auch zwischen Deutschland und Rußland ausgestreckt wurden, in Hoffnungslosigkeit zurücksinken lassen mußten.²⁴ Die Februarrevolution in

²³ Wilhelm Groener, Die deutschen Eisenbahnen im Weltkriege. In: Das deutsche Eisenbahnwesen der Gegenwart ... Bd. 1. Hrsg. v. [Wilhelm] Hoff [u.a.]. Berlin 1923, S. 21-34 (hier S. 22)

²⁴ Vgl. N[ina] P[etrovna] Evdokimova, Meždu vostokom i zapadom. Problema separatnogo mira i maneuvry diplomatii avstro-germanskogo bloka v 1914-1917 gg. Leningrad 1985. - Georg von Rauch, Zur Frage eines russischen Sonderfriedens zwischen Februar- und Oktoberrevolution. In: Rußland - Deutschland - Amerika. Russia - Germany - America. Festschrift für Fritz T. Epstein zum 80. Geburtstag. Hrsg. v. Alexander Fischer [u.a.]. Wiesbaden 1978, S. 184-197 (dort S. 184 die ältere Literatur)

Rußland ließ zwar auf deutscher Seite anfängliche Hoffnungen auf einen Separatfrieden aufkeimen, doch überzeugte man sich bald von der absoluten Bündnistreue der Provisorischen Regierung gegenüber ihren Alliierten. Diese Haltung Kerenskij's, d. h. sein Unverständnis gegenüber dem elementaren Friedensbedürfnis der Volksmasse, das die Bolschewiki und Sozialrevolutionäre für ihre Zwecke anfachten und ausnutzten, besiegelte seinen Untergang. Mit der Oktoberrevolution und dem ihr folgenden eigenartigen Friedensschluß von Brest-Litowsk wird ein neues Kapitel der deutsch-russischen Beziehungen aufgeschlagen.

Der Friede von Brest-Litowsk, der am 3. März 1918 zwischen den Vierbundmächten und Sowjet-Rußland unterzeichnet wurde, ist dem Typus des Diktatfriedens zuzurechnen, wie er etwa auch in den Friedensschlüssen von Tilsit 1806, San Stefano 1877 oder Versailles 1919 vorliegt.²⁵ Der Diktatfrieden geht - und das hat die Forschung eindeutig erbracht - auf General Ludendorff zurück. Er vertrat den brutalen Siegerstandpunkt oder, wie man sich im Berliner Auswärtigen Amt damals ausdrückte,²⁶ den "antiken Standpunkt [...], daß ein 'erobertes feindliches Gebiet' sich alles ruhig gefallen lassen müsse". Ludendorff hatte keinen politischen Weitblick, sondern dachte kurzsichtig nur an den nächsten Krieg. Friedensschließen war für ihn die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Demgegenüber vertrat Staatssekretär Kühlmann, der entscheidende Mann in der politischen Reichsleitung, das Konzept eines Verständigungsfriedens mit Rußland. Er lehnte sich dabei bewußt an die Maximen Bismarckscher Staatskunst an. Der Friede von Brest-Litowsk, den er anfangs als Provisorium und Präliminarfrieden ansah, sollte Rußland möglichst schonen, den Weg zur Versöhnung zwischen beiden Nachbarn öffnen und Deutschland dadurch den Rücken freihalten in der kommenden Auseinandersetzung mit England.

Die Gelegenheit dazu wurde angesichts der Übermacht der Obersten Heeresleitung an der Spitze nicht wahrgenommen. Eine Chance wurde damals aber auch von der neuen russischen Führung verpaßt. Aus den russischen Quellen geht nämlich hervor, daß die Russen einen entschieden milderen Friedensschluß in der ersten Verhandlungsphase von Brest-Litowsk erreicht haben würden als den dann am 3. März unterzeichneten Vertrag, wenn sie ihn nur ernsthaft gewollt hätten. Trockij setzte sich indes mit seiner Ansicht durch, die Verhandlungen bewußt zu verschleppen in der Hoffnung auf den unmittelbar bevorstehenden Ausbruch der Revolution in Deutschland und Österreich-Ungarn.

²⁵ Vgl. Winfried Baumgart, Brest-Litowsk und Versailles. Ein Vergleich zweier Friedensschlüsse. In: Historische Zeitschrift 210 (1970), S. 583-619

²⁶ Der Friede von Brest-Litowsk. Ein unveröffentlichter Band aus dem Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. Bearb. v. Werner Hahlweg. Düsseldorf (1971), S. 62 = Quellen z. Gesch. d. Parlamentarismus u. d. politischen Parteien I, 8

Die Weichen für die deutsche Ostpolitik im Jahre 1918 waren mit dem Friedensvertrag vom 3. März gestellt. Trotzdem ging die Auseinandersetzung zwischen Reichsleitung und Oberster Heeresleitung weiter.²⁷ Kühlmann wollte den Frieden als neue bis zum allgemeinen Friedensschluß geltende Rechtsgrundlage für die deutsch-russischen Beziehungen angesehen wissen, die deutschen Truppen im Osten, die im März 1918, also zu Beginn der großen Westoffensive, noch etwa eine Million Mann zählten, zum größten Teil abziehen, um sie dadurch für die militärische und politische Entscheidung im Westen zur Verfügung zu haben. Ludendorff dagegen setzte sich, ohne ein schlüssiges politisches Konzept zu vertreten, über den Brester Frieden hinweg und führte die militärischen Operationen im breiten Umfang bis zum Mai in Süd-Rußland, in der Ukraine und auf der Krim, fort. Im Sommer 1918 ließ er sogar Elitetruppen im Kaukasus vorrücken, um den verbündeten Türken im Wettlauf um die Erdölstadt Baku zuvorzukommen.²⁸ Aus diesen Gründen stand am Ende des Weltkriegs in einem weiten Bogen von Finnland bis zum Kaukasus noch eine halbe Million deutscher Soldaten, die zur Stärkung der Westfront fehlten. Ludendorffs politische und strategische Vorstellungen waren maßlos: Er wollte im Juni 1918 nach St. Petersburg und Moskau marschieren, um der Sowjetregierung den Todesstoß zu versetzen, wurde daran jedoch durch den energischen Widerstand der Reichsleitung gehindert. Er überzog die Ukraine und das Doneckbecken mit einem Okkupationsheer, um Getreide und Kohle zu requirieren. Der Versuch war nichts anderes als ein kräftezehrender Fehlschlag. Ganz ähnlich endete sein Bemühen, der russischen Schwarzmeerflotte in Sevastopol' und Novorossijsk habhaft zu werden und die Hand auf das Baku-Öl zu legen. Die Absicht, von Baku aus die englische Stellung in Indien zu gefährden, wurde im Auswärtigen Amt mit den Zügen Alexanders des Großen verglichen. Auf diese Weise wurden die deutschen Kräfte verzettelt.

Der Brester Frieden vom 3. März 1918 hatte noch ein Nachspiel in Form des Berliner Ergänzungsvertrags vom 27. August 1918.²⁹ Dieser war einerseits die Fortsetzung der Großraumpolitik Ludendorffs, indem er die definitive Abtrennung Livlands, Estlands und Georgiens festlegte; andererseits bedeutete er einen Sieg des im Auswärtigen Amt herrschenden Gedankens, mit

²⁷ Dazu ausführlich Winfried Baumgart, *Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges*. Wien/München 1966

²⁸ Ders., *General Groener und die deutsche Besatzungspolitik in der Ukraine 1918*. In: *Geschichte in Wiss. u. Unterricht* 21 (1970), S. 325-340. - Ders., *Ludendorff und das Auswärtige Amt zur Besetzung der Krim 1918*. In: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 14 (1966), S. 529-538. - Ders., *Das "Kaspi-Unternehmen" - Größenwahn Ludendorffs oder Routineplanung des deutschen Generalstabs? Ein kritischer Rückblick auf die deutsche militärische Intervention im Kaukasus 1918. Teil 1-2*. In: *Ebenda* 18 (1970), S. 47-126, 231-278

²⁹ Vgl. ders., *Die "geschäftliche Behandlung" des Berliner Ergänzungsvertrags vom 27. August 1918. Eine Episode in der deutschen Verfassungsgeschichte*. In: *Historisches Jahrbuch* 89 (1969), S. 116-152

Sowjetrußland zu geregelten und kalkulierbaren Beziehungen zu kommen. Denn Deutschland verzichtete in dem Vertrag darauf, weitere Loslösungsbestrebungen in Rußland, etwa im Kuban-Gebiet, zu unterstützen. Insofern war, wie es im Auswärtigen Amt hieß, Ludendorff tatsächlich an die Kandare genommen. Außerdem - und hierin wird schon der Kerngedanke von Rapallo vorweggenommen - verzichtete Deutschland ausdrücklich auf jegliche Einmischung in das russische Wirtschaftsleben, das auch von innen her durch die Nationalisierungs- und Sozialisierungsgesetze der Bolschewiki abgeschirmt wurde. Dadurch wurde der wirtschaftlichen Durchdringung des Rußland noch verbliebenen Raumes bewußt der Boden entzogen.

In einem Geheimzusatz zum Berliner Ergänzungsvertrag wurde eine gemeinsame deutsch-bolschewistische Militäraktion gegen den sich immer mehr vergrößernden Brückenkopf der Entente in Murmansk vorgesehen.³⁰ Diese zwischen Ludendorff und Lenin vereinbarte militärische Kooperation ist ein Vorläufer des Hitler-Stalin-Paktes und wird wie dieser von der sowjet-russischen Geschichtsschreibung noch heute tabuisiert, obwohl sie dem Pragmatismus Lenins, einen "imperialistischen Räuber" gegen den anderen auszuspielen, durchaus entspricht.

Über die technische Durchführbarkeit des in den deutschen Akten als "Operation Schlußstein" rekonstruierbaren Expeditionsplanes wurde zwischen kaiserlichen und bolschewistischen Generalstabsoffizieren noch bis Ende September 1918 verhandelt, als der Plan durch die Gesamtentwicklung des Weltkriegs hinfällig wurde.

Brest-Litowsk ist zwar im Gesamtzusammenhang der deutsch-russischen Beziehungen der wilhelminischen Zeit Episode geblieben. Gewisse Elemente daraus - vor allem der Versuch, zwischen zwei konträr verfaßten Staatswesen und Gesellschaftsordnungen zu einem Modus vivendi zu kommen - tauchen aber in den deutsch-russischen Beziehungen während der Weimarer Epoche, mit Rapallo als Höhepunkt, wieder auf.

³⁰ Vgl. ders., Unternehmen "Schlußstein". Zur militärisch-politischen Geschichte des Ersten Weltkrieges. Berlin/Frankfurt 1970